

NZZ

Gesperrte Konten in Singapur

Schweizer Finger in malaysischem Korruptionsskandal

Die Regierung in Kuala Lumpur zieht alle Register, um den grössten Korruptionsfall des Landes zu vertuschen. Singapur hat Bankkonten blockiert. Ein in Bangkok inhaftierter Schweizer ist Kronzeuge.

von Manfred Rist
24.7.2015



Polizisten transportieren zur Beweissicherung einen Computer aus einem Büro der 1MDB in Kuala Lumpur ab. (Bild: Fazry Ismail / Epa)

Anzeige

Im Zusammenhang mit laufenden Ermittlungen zum 1MDB-Skandal in Malaysia haben die Behörden in Singapur zwei Konten auf einer Schweizer Privatbank gesperrt. Gemäss Angaben der Polizei geht es um die Abklärung vermuteter Geldwäscherei. Zwischen den Singapurern Behörden und den Untersuchungsausschüssen in Kuala Lumpur, die sich mit dem Schuldenloch beim Staatsfonds und den suspekten Millionentransfers zugunsten des malaysischen Ministerpräsidenten Razak Najib befassen, bestehen seit geraumer Zeit enge Kontakte. Ein Gesuch um Aufklärung an die Adresse der malaysischen Zentralbank trägt die Unterschrift des Chefs des Singapurischer Suspicious Transaction Reporting Office, Chua Jia Leng.

Eine politische Zeitbombe

Um welches Geldinstitut es sich handelt, bei dem Konten eingefroren wurden, ist offiziell nicht genau bekannt. Bekannt ist indessen, dass 1,1 Mrd. \$, die von den Cayman-Inseln auf ein Konto bei der schweizerischen BSI Bank in Singapur überwiesen wurden, derzeit im Fokus der Ermittlungen stehen. Die Gelder bzw. Assets stammen aus dem Umfeld des 33-jährigen malaysischen Immobilieninvestors Jho Low. Es handelt sich um einen Busenfreund des malaysischen Regierungschefs, dem er 2009 bei der Errichtung des 1MDB-Staatsfonds zur Seite stand; 1MDB sitzt derzeit auf einem Schuldenberg von umgerechnet rund 11 Mrd. \$.

Die Weiterungen des Skandals sind nicht zu unterschätzen. Es geht nicht nur um den (vermutlich) grössten Korruptionsskandal in der malaysischen Geschichte und um einen Staatsfonds, dessen Geschäftsaktivitäten und Verbindungen zur arabischen Welt von Anfang an dubios wirkten. Die Enthüllungen, die zunächst von «Sarawak Report» und später via «Wall Street Journal» an die Öffentlichkeit gelangten, belasten Ministerpräsident Razak Najib so sehr, dass sich seine sonst so linientreue Regierungspartei Umno nach einer Alternative umsehen sollte.

Petro Saudi zahlt Milliarde

Die Herkunft der 1,1 Mrd. \$ weist zunächst nach Saudiarabien. Laut verlässlichen Informationen wurde via das in Saudiarabien ansässige Erdöl- und -gasunternehmen PetroSaudi International, das am 28. September 2009 ein Joint Venture mit der kurz zuvor gegründeten 1MDB eingegangen war, der Betrag bzw. Assets von 3,78 Mrd. Rin., also knapp 1 Mrd. \$, in eine von Jho Low kontrollierte Firma verschoben. Auf welchem Weg diese Summe über die Cayman-Inseln auf die Konten der BSI in Singapur flossen, wo Low mindestens zwei Konten unterhält, ist Gegenstand der Abklärungen.

In diesem Zusammenhang werden derzeit auch zwei aufsehenerregende Immobilienkäufe von Jho Low in Singapur durchleuchtet. Der Erwerb von zwei Appartements im TwentyOne Angullia Park für 54 Mio. sing. \$ sorgte selbst in Singapur für hochgezogene Augenbrauen und setzte an der Orchard-Meile neue Massstäbe. Das Datum des Kaufs vom Juni 2013 ist insofern speziell, als im Mai 2013 in Malaysia Wahlen stattfanden. Zwei Monate zuvor, im März, waren auf das Privatkonto von Ministerpräsident Najib bei der AmBank Islamic in Kuala Lumpur auf noch nicht ganz geklärte Art in zwei Tranchen insgesamt 681 Mio. \$ überwiesen worden. Über den Verbleib dieser Summe und den Grund des Geldtransfers hüllt sich Najib in Schweigen. Laut unbestätigten Berichten wurde damit kräftig im Wahlkampf geschmiert, was – rückblickend – für Najibs Zukunft wohl entscheidend war, konnte sich seine Partei doch nur knapp die Parlamentsmehrheit sichern; dies, obwohl die Opposition des inzwischen wieder verhafteten Anwar Ibrahim damals erstmals eine Stimmenmehrheit erringen konnte. Zwei Jahre später wirkt es indessen eher so, als ob Najib damit seine Zukunft, Ehre und den Ruf der Partei verspielt hat.

An dieser Stelle wäre nun anzufügen, dass eine zweite Schweizer Bank in Singapur wegen Najib in den Fokus der Ermittler geraten ist: Es handelt sich um die an der Zürcher Pelikanstrasse ansässige Falcon Private Bank und deren Ableger in Singapur. Die Bank beruft sich auf das Bankgeheimnis, bestätigt aber, dass die Monetary Authority of Singapore (MAS) bereits am 2. Juli 2015 einen sogenannten Request for Information deponiert hat. Die fraglichen 681 Mio. \$ auf Najibs Konto bei der AmBank wurden gemäss Dokumenten nämlich von der Singapurer Falcon Private Bank überwiesen. Die Falcon Private Bank gehört der International Petroleum Investment Company (Ipic), dem Staatsfonds im Besitz der Regierung Abu Dhabis. Dieser Staatsfonds bzw. die Regierung von Abu Dhabi wiederum halten nun 1MDB mit Liquiditätszufuhr über Wasser.

Schweizer Informant in Haft

Auch die Firma PetroSaudi International bleibt eng mit dem 1MDB-Skandal verknüpft. Erstens investierte der 1MDB-Staatsfonds 2010 gross in diese Firma. Zweitens wurde vor einem Monat in Thailand ein Schweizer verhaftet, der laut Anklage aus heiklen Informationen Kapital schlagen wollte. Das 49-jährige ehemalige Kadermitglied von PetroSaudi soll seinen früheren Arbeitgeber mit belastendem Material erpresst haben. Weil die entsprechenden Kontakte unter anderem in Bangkok stattfanden, scheint ein thailändischer Straftatbestand erfüllt. Dem Schweizer, der in dem Fall nun als Kronzeuge betrachtet wird, drohen bis zu sieben Jahre Haft.

Tausende von E-Mails, die unter anderem bei «Sarawak Report» hinterlegt wurden und auch im Besitz des malaysischen Wirtschaftsblatts «Edge Financial Daily» sind, sollen beweisen, dass via PetroSaudi Gelder aus dem Staatsfonds im Umfang von 1,83 Mrd. \$ missbraucht worden sind. Die malaysische Regierung hat auf ihre Weise auf die Enthüllungen reagiert: Am Freitag hat sie der Wochenzeitung «The Edge Weekly» und «Edge Financial Daily» die Lizenz entzogen. Dieser Bericht, so schrieben die Herausgeber der beiden Zeitungen prophetisch, könnte ihr letzter sein. Die Website von «Sarawak Report» ist seit Mittwoch blockiert.